

Thesen zu „Digitale Demokratiekompetenz“

Harald Gapski, Grimme-Institut

1. Thesen zu „Digitale Demokratiekompetenz“

- Digitale Demokratiekompetenz ist die verkürzte Bezeichnung für Demokratiekompetenz in einer tiefgreifend mediatisierten und digitalisierten Gesellschaft - einer Welt inmitten der digitalen Transformation.
- Digitale Demokratiekompetenzen lassen sich unterscheiden in (1) Kompetenzen für die Anwendung digitaler Technologien im Kontext inhaltlich-politischen und demokratierelevanten Handelns und Denkens (gefördert bspw. durch Anti-Hate-Speech-Projekte) und (2) Kompetenzen für die Erschließung und Hinterfragung digital vermittelter Welt- und Selbstbezüge (gefördert bspw. durch Reflexion über Privatheit, Souveränität usw.). [Die folgenden Thesen beziehen sich vor allem auf den zweiten Aspekt].
- Die digitale Transformation durchdringt nahezu jede Kommunikation und damit alle gesellschaftlichen Bereiche. Treibende Kraft ist die digitale Ökonomisierung der Kommunikation. Durch die wirtschaftlich vorangetriebene Datafizierung der Gesellschaft entstehen neue Machtpole und Informationsasymmetrien. Diese neuen Strukturen sind je schon politisch in ihren Auswirkungen (Privatheit/Öffentlichkeit, Diskriminierungen usw.) und müssen damit zum Thema und Inhalt der Demokratiekompetenzförderung werden.
- Die Forderung nach digitaler Demokratiekompetenz schließt in Teilen an gesellschaftliche Diskurse über „Medienkompetenz“ an, betont insbesondere die politische Partizipation und bringt neue, bisher unbearbeitete Herausforderungen durch die digitale Transformation hervor (z.B. Privacy-Paradox). Die Demokratie- und Medienkompetenz für die Mediengesellschaft (Rundfunk) unterscheidet sich von der digitalen Demokratiekompetenz für die „Nächste Gesellschaft“ (D. Baecker) mit ihren Technologien (Internet, KI, Big Data usw.).
- Die digitale Transformation kann vereinfacht als Wechselwirkung zwischen einer digital-technologischen und einer sozial-kulturellen Ebene interpretiert werden („tiefgreifende Mediatisierung“, A. Hepp). In dieser Wechselwirkung können vier technologische Treiber unterschieden werden: (a) Datafizierung und Digitalisierung, (b) Vernetzung und Interaktion, (c) Sensorisierung und Weltvermessung und (d) Algorithmisierung und Maschinenlernen.
- In ihrer kognitiv-reflexiven Dimension muss digitale Demokratiekompetenz ein Wissen über dieses Zusammenspiel ökonomischer und technologischer Treiber beinhalten.
- Mit der digitaltechnologischen Durchdringung der Gesellschaft insgesamt (z.B. Internet der Dinge) wird die Reichweite des handlungsfähigen, selbstbestimmten Subjekts überschritten. Das digitalkompetente Individuum kann durch Reflexion und „digitale Selbstverteidigung“ allein keine umfassende Souveränität in der digitalen Welt erlangen: Ergebung in ein Leben unter Bedingungen des Kontrollverlusts über die eigenen Daten?

- Die Eindämmung des Kontrollverlusts kann nur durch Gestaltung geeigneter rechtlicher, technischer und politischer Rahmenbedingungen und Regulierungen erfolgen; das digitalkompetente Individuum allein ist überfordert. Ein Bewusstsein für die Bedeutung dieser Rahmenbedingungen und die ihnen zugrundeliegende Werte und Ethiken zu schaffen, ist ein Ziel politischer Werte- und Demokratiebildung (z.B. „Ich habe doch nichts zu verbergen!“).
- Im Vordergrund der Förderung sollten die Demokratiekompetenzen des Individuums stehen, nicht die digitalen Werkzeuge (Primat der Persönlichkeitsbildung).
- Digitale Demokratiekompetenz beinhaltet somit insbesondere ethisch-kulturelles, politisches Wissen, Reflexionsvermögen sowie Motivation und Wille zur sozialen Handlung in digitalisierten Kontexten. Die Förderung digitaler Demokratiekompetenz erfordert neue Konzepte im Schnittfeld von politischer, medienpädagogischer, ökonomischer, ethischer und informatischer Bildung.
- Die Artikulation und Reflexion politischer Äußerungen in der digitalen Welt vollzieht sich im Wissen um die informatische Modellierung von Welt, durch ethische Selbstreflexion und individuelle Positionierung im Kontext von Wertekonflikten, Kontingenzerfahrungen und Risikobewertungen sowie durch die Mitgestaltung des sozialen Umfelds durch digitale Partizipationsmöglichkeiten.
- Von größter Bedeutung für jede politische Teilhabe und damit für die digitale Demokratiekompetenz bleibt die kommunikative Kompetenz und insbesondere die klassische Sprachkompetenz, die grundlegend für kritisch-diskursives Denken ist. Kommunikative Kompetenz erweitert sich durch Kompetenzen im Umgang mit digitalen Symbol- und Interaktionssystemen und künstlichen Sprachen.
- Den an Risiken orientierten und nicht selten dystopischen Diskursen sollten konstruktiv-kreative und gemeinwohlorientierte Projekte zur Förderung digitaler Bildung und Demokratiekompetenz entgegengestellt werden.

2. Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen aus:

Gapski, H. / Oberle, M. / Stauffer, W. (2017): Medienkompetenz. Herausforderung für Politik, politische Bildung und Medienbildung. Bonn: bpb. S. 26-27. Volltext verfügbar unter: <http://www.bpb.de/shop/buecher/schriftenreihe/250676/medienkompetenz>

- **„Diskurse über Regulierungen fördern:** Die Dynamik der Ausdifferenzierung und Neoinstitutionalisierung von digitalen Medien, Intermediären und Plattformen machen einen breiten und fundierten gesellschaftlichen Diskurs über sinnvolle Regelungen erforderlich. Dabei geht es auch um das Aushandeln von gesellschaftspolitischen Zielen, Werten und Normen für ein medienkompetentes Handeln und das Vermeiden neuer digitaler, gesellschaftlicher Spaltungen. In diesen Prozess sollten neben den Anbietern und den regulierenden Instanzen alle Bürgerinnen und Bürger sowie insbesondere auch die jungen Nutzerinnen und Nutzer einbezogen werden.
- **Neue Räume der politischen Teilhabe nutzen und begleiten:** Durch das Internet und seine vernetzenden Anwendungen ergeben sich neue Möglichkeiten der politischen Partizipation. Diese können erst in Verbindung und Verschränkung mit den bestehenden politischen Institutionen und Verfahren ihre Wirkungen entfalten. Für ihre kompetente Nutzung bedarf es einer Auseinandersetzung auf instrumentell-funktionaler und kritisch-reflexiver Ebene. Nicht die Funktionalität informationstechnologischer Werkzeuge, sondern politische Leit- und Zielvorstellungen sollten dabei im Zentrum stehen.
- **Souveränität und Selbstbestimmung stärken:** Souveränes und (informationell) selbstbestimmtes Handeln als Ziele von Medienkompetenz in der digitalen Welt können nur gesichert werden, wenn auch geeignete technische, (datenschutz)rechtliche und politische Rahmenbedingungen dieses sinnvoll ermöglichen und flankieren. Hier allein auf die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger im Umgang mit Technologien zu setzen, greift zu kurz und wird der Reichweite der Digitalisierung mit ihren sozialen Wechselwirkungen nicht gerecht.
- **Neue Konzepte im Schnittfeld beteiligter Disziplinen entwickeln:** Um politische Medienkompetenz in einer von digitalen Medien geprägten Welt zu fördern, müssen neue Konzepte im Schnittfeld von pädagogisch-didaktischen Disziplinen, insbesondere der Medienpädagogik, Politikdidaktik und Informatikdidaktik, sowie fachwissenschaftlichen Bezugsdisziplinen, wie Medien-, Informations-, Kommunikations- und Politikwissenschaft und Informatik erarbeitet werden. Eine getrennte Behandlung der Phänomene gilt es durch inter- und transdisziplinäre Zusammenarbeit zu überwinden. Von besonderer Bedeutung ist hier auch die politische Wertereflexion im Sinne einer »digitalen Ethik«.
- **Neue Medienkompetenzen entlang der Bildungskette fördern:** Die Förderung von Medienkompetenzen für die digitale Welt sollte kontinuierlich und entlang der Bildungskette – vom Kindergarten über die schulische und außerschulische Jugendbildung bis zur Erwachsenenbildung – erfolgen. Die Förderung von Medienkompetenz ist ein zentraler Bestandteil des lebenslangen Lernens.
- **Professionalisierung in der pädagogischen Arbeit stärken:** Eine erfolgreiche Vermittlung von Medienkompetenz bedarf der systematischen Professionalisierung der Lehrenden. Insbesondere die Förderung neuer Querschnittskompetenzen zwischen medienpädagogischer, informationstechnologischer und politischer Bildung sollte für Pädagoginnen und Pädagogen zu einem verbindlichen Aus- und Fortbildungsziel werden.

- **Medienkompetenz ganzheitlich fördern:** Eine ganzheitliche Förderung von Medienkompetenz bezieht sich nicht nur auf die jeweiligen Zielgruppen, sondern schließt die Kontexte, Organisationen und Netzwerke, in denen Bildungsprozesse stattfinden, ein. So muss etwa die Kompetenzentwicklung der beteiligten Pädagoginnen und Pädagogen in Zusammenhang mit der Organisations- und Medienentwicklung in den jeweiligen Einrichtungen gesehen werden.
- **Evidenzbasierte Förderung von Medienkompetenz:** Ansätze der Medienkompetenzförderung sollten wissenschaftlich begleitet und evaluiert werden, um die Medienbildung zielführend weiterentwickeln und evidenzbasierte bildungspolitische Steuerungsempfehlungen geben zu können. Es bedarf empirischer Forschung unter anderem zu Ansätzen der Vermittlung von Medienkompetenz im Rahmen politischer Bildung, zum Einsatz digitaler Medien im (Politik-)Unterricht sowie zu Bedeutung und Förderung der professionellen Kompetenzen der Lehrenden.“